

DGAW-Pressemitteilung

DGAW nimmt Stellung zur EU Konsultation über die Vermeidung von Abfällen im Meer

Die Deutsche Gesellschaft für Abfallwirtschaft e.V. (DGAW) beteiligte sich am 11.12.2013 an der Internet-Konsultation der EU über Kunststoffabfälle im Meer.

Der DGAW-Vorstand setzt sich bereits seit mehreren Monaten mit dem Problem und den Herausforderungen von Kunststoffabfällen im Meer auseinander. Am 27. Juni 2014 wird im Rahmen der DGAW-Mitgliederversammlung auch ein Fachkolloquium zum Thema „Kunststoffabfälle in deutschen Gewässern“ stattfinden.

Eine wichtige Grundlage für die Vermeidung von Abfällen im Meer ist eine belastbare und umfangreiche Datengrundlage. Es muss geklärt werden, in welchem Ausmaß Plastikabfälle und Mikropartikel in Gewässern vorhanden sind und woher diese stammen. Weiterhin sollte untersucht werden, welche Auswirkungen Kunststoffabfälle in Gewässern auf Flora und Fauna haben. Um dies zu erreichen, bedarf es einer engen und interdisziplinären Zusammenarbeit auf allen Ebenen. Die DGAW sieht daher einen Austausch zwischen Politik, Wissenschaft, Produzenten und Konsumenten als unbedingt notwendig an.

Weiterhin fordert die DGAW, verschiedene Maßnahmen für die Vermeidung von Abfällen im Meer umzusetzen. So sollten in den Liegegebühren der europäischen Häfen die Kosten für die Abfallentsorgung bereits enthalten sein, um keine Anreize zu bieten, die Abfälle einfach über Bord zu werfen. Außerdem muss in allen EU-Häfen ausreichende Infrastruktur für die Schiffs-Abfallentsorgung vorhanden sein. Eine verbesserte und vereinfachte Entsorgungslogistik sowie die Aufklärung der Schiffsbesatzungen sind weitere wichtige Ansatzpunkte.

Um besonders den Eintrag von kleinsten Kunststoffteilchen (Mikropartikel), die beim Waschen von Synthefasern in allen Haushalten in das Abwasser ausgewaschen werden, zu verringern, fordert die DGAW die Waschmaschinenhersteller auf, geeignete Filter zu entwickeln und anzubieten. Auch appelliert die DGAW an die Produzenten von Kosmetikprodukten, ihrer Herstellerverantwortung besser gerecht zu werden und die Mikropartikel, die sich inzwischen verstärkt in ihren Produkten befinden, durch weniger problematische Stoffe zu ersetzen. Ansonsten müssten teure Rückhalte-Verfahren in den Kläranlagen installiert werden, was die Gesellschaft stark belasten würde.

Die DGAW hält ein EU-weites Deponierungsverbot für Kunststoffabfälle für wichtig, da diese durch Verwehungen in Gewässer gelangen können. Das durch viele Konsumenten praktizierte unkontrollierbare Wegwerfen von Kunststoffprodukten könnte insbesondere auch bei Veranstaltungen und im Tourismus durch einen verstärkten Einsatz von geeigneten Pfandsystemen und durch geeignete Informationskampagnen beeinflusst werden.

16. Dezember 2013